Europa-Forum der KAS

Berlin, 27. Juni 2011

Grundsatzrede:
Prof. Dr. Jerzy Buzek MdEP,
Präsident des Europäischen Parlaments

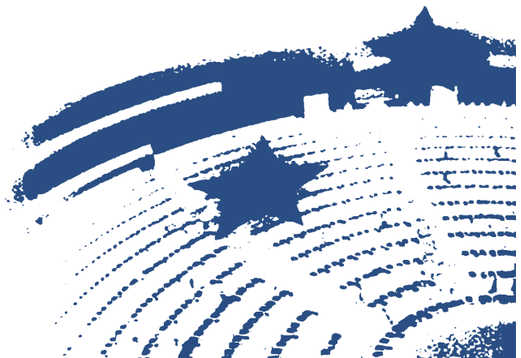
Eröffnung: Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

Einführende Rede: Gunther Krichbaum MdB

Konrad
Adenauer
Stiftung

Europa soll leuchten

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, begrüßt seinen Nachfolger im Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Jerzy Buzek MdEP, sowie Gunther Krichbaum MdB und Prof. Dr. Bernhard Vogel, den Ehrenvorsitzenden der Stiftung.



Europa steht nicht nur vor einer Vielzahl von globalen Herausforderungen. Die Debatten um die Euro-Rettung, um Migration und Integration sowie die Zunahme von populistischen Forderungen zeigen auch eine wachsende Skepsis gegenüber der europäischen Idee. Um diese Herausforderungen geht es im „Europa-Forum" der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit dieser neuen Veranstaltungsreihe will die KAS einen Beitrag zum offenen Dialog über die Europäische Union zwischen wichtigen Akteuren der Politik und der interessierten Öffentlichkeit in Deutschland leisten.

Die erste Rede in diesem Rahmen hielt am 27. Juni 2011 Prof. Dr. Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments, in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Das Thema seines Vortrags: „Die Krise meistern - Europa wieder zum Leuchten bringen."

Der aus Polen stammende Parlamentspräsident machte darin deutlich, dass die europäische Krise nur durch ein gemeinsames Handeln der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen überwunden werden kann. Vor allem müsse jedoch der europäische Geist wiederbelebt werden, der das vereinigte Europa zu einer Erfolgsgeschichte habe werden lassen. Es sei eine christlich-demokratische Politik gewesen, die aus der Europäischen Union ein leuchtendes Modell in der Welt gemacht habe. Jetzt sei es an der Zeit, bleibendes Vertrauen zu schaffen.

Jerzy Buzek, 1940 in Smilowitz geboren, folgte am 14. Juli 2009 Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, dem heutigen Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments. Seine politische Karriere begann im Jahr 1980 mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Solidarność. Nachdem er im Dezember 1981 der Verhaftung entgehen konnte, wirkte er als Herausgeber einer politischen Zeitschrift aus dem Untergrund. Von 1997 bis 2001 war er Ministerpräsident Polens. In seine Amtszeit fallen die Aufnahme Polens in die NATO und die Beitrittsverhandlungen seines Landes mit der Europäischen Union. 2004 und 2009 wurde er mit dem jeweils besten Ergebnis eines polnischen Abgeordneten in das Europäische Parlament gewählt. Mit der Wahl Buzeks zum Parlamentspräsidenten steht dem Haus zum ersten Mal ein Abgeordneter aus den neuen EU-Mitgliedstaaten vor.

Eröffnung durch Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ohne Solidarność hätte Deutschland wahrscheinlich nicht die Wiedervereinigung erlebt

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, ist eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Von 1997 bis zum Jahre 2001 war er Ministerpräsident in Polen, wo er während der gesamten Wahlperiode dieses Amt wahrgenommen hat. In seine Zeit fiel die Aufnahme Polens in die NATO und die Führung der Beitrittsverhandlungen zur Aufnahme Polens in die Europäische Union. Jerzy Buzek war auch eine der führenden Persönlichkeiten von Solidarność und Her-

ausgeber einer politischen Zeitschrift aus dem Untergrund. Er war in den 1970ern Wissenschaftler an der Fakultät für Energie und Technik in Gleiwitz am Institut für Chemieingenieurwesen. 2004 wurde er ins Europäische Parlament und anschließend am 14. Juli 2009 zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

Ohne Solidarność hätte Deutschland wahrscheinlich nicht die Wiedervereinigung erlebt. In den 1980ern waren Solidarność mit Lech Wałęsa und Jerzy Buzek, zusammen mit der großen geistig-moralischen Kraft des polnischen Papstes, Johannes Paul II., diejenigen, die dazu beigetragen haben, dass die Polen den Mut hatten, eine treibende Kraft zu sein. Johannes Paul II. hat die entscheidenden Worte gesprochen: „Habt keine Angst! Verändert die Welt! Verändert diese Welt!" Dass Polen den Weg der Freiheit gegangen ist, hat hoffentlich Solidarność, Polen und Deutschland in Frieden für immer verbunden. Wir Deutschen sollten nie vergessen, dass die Bestrebungen damals in der DDR, der Freiheitswille, der Wille in einem geeinten Deutschland in Freiheit zu leben, nur möglich wurde, weil Solidarność diesen Weg gegangen ist und somit die Einheit Deutschlands ermöglichte.

Für mich war es eine der bewegendsten Stunden, als am 1. Mai des Jahres 2004 Polen, Estland, Lettland und Litauen, die Tschechische Republik und die Slowakei, Ungarn und Slowenien Mitglieder der Europäischen Union wurden.

Am 25. März 2007 konnten wir hier in Berlin die „Berliner Erklärung" in Erinnerung an die Römischen Verträge, die fünfzig Jahre zuvor unterzeichnet wurden, feiern. In dieser Erklärung steht der schöne Satz, „Wir sind zu unserem Glück vereint."

Wer hätte 1979 bei den ersten Europa-Wahlen gedacht, dass Polen und die anderen genannten Länder Mitglied der Europäischen Union werden würden? Wer hätte damals gedacht, dass wir heute, am 27. Juni 2011, hier mitten in Berlin, in der Konrad-Adenauer-Stiftung, den ersten Präsidenten des Europäischen Parlaments aus einem ehemals kommunistischen Land begrüßen können?

Und bei all den Zweifeln, die es in unserer Zeit gibt, bei all den Sorgen, die wir haben, den Herausforde-

Prof. Dr. Jerzy Buzek in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung im Gespräch mit Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB und Prof. Dr. Bernhard Vogel.

rungen, die sich uns stellen, lassen Sie uns niemals vergessen, welch großen Schritt Europa genommen hat: dass Polen und die anderen Länder nicht mehr unter kommunistischer Herrschaft leben müssen, sondern zur Europäischen Union gehören, einer Union der Werte, in der die Menschenwürde, die Demokratie, die Freiheit, der Frieden und die Solidarität die Grundlage unserer Gemeinschaft der gemeinsamen Werte sind.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass unsere Beziehung zu Polen nicht nur eine Angelegenheit des Verstandes, sondern auch eine Angelegenheit des Herzens ist. Zwei Tage vor der Wahl von Präsident Buzek, am 12. Juli 2009, haben wir in meiner Heimat, im Dom zu Osnabrück, eine Messe gefeiert, und es waren dabei Jerzy Buzek und der Ministerpräsident Polens, Donald Tusk, und viele andere. Die Messe wurde zelebriert vom Bischof von Oppeln, Erzbischof Alfons Nossol, und dem Bischof von Osnabrück, Bischof Franz-Josef Bode.

Es war ein bewegendes Erlebnis, dass wir gemeinsam diesen katholischen Gottesdienst feiern konnten. Dieses hat zum Ausdruck gebracht, dass wir heute verbunden sind durch gemeinsame Werte. Wenn wir in diesen Tagen über Europa sprechen, lassen Sie uns nie vergessen, welch großes Geschenk es ist, dass wir mit unseren polnischen Nachbarn in Partnerschaft, ja in Freundschaft, zusammenleben.

Deswegen freuen wir uns besonders, den ersten Präsidenten aus dem früheren kommunistischen Machtbereich bei uns zu haben, der nun zu uns sprechen wird.

Gunther Krichbaum MdB: „Europa ist nicht das Problem des 21. Jahrhunderts, Europa ist die Antwort."

Einführende Rede von Gunther Krichbaum MdB, Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag

Die deutsche Wirtschaft muss sich deutlich zum Euro bekennen

Wir haben nach der Finanzkrise eine Wirtschaftskrise erlebt und wir erleben zurzeit in der Europäischen Union nach diesen beiden Krisen eine Stimmungskrise. Findet hier gegenwärtig so etwas wie eine kleine Zeitenwende statt? Die Menschen sorgen sich um die Stabilität ihrer Währung, des Euro, und sie fürchten um ihren Wohlstand. Man glaubt, im Protektionismus sein Heil suchen zu können und bei den Parlamentswahlen in den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es Ergebnisse, die uns zumindest Anlass zur Sorge geben müssten. Ungarn, die Niederlande, Dänemark, Finnland – der europäische Gedanke hat zurzeit keine Konjunktur. Aber umso wichtiger ist seine Renaissance. Deswegen müssen wir die Notwendigkeit eines geeinten Europas stärker kommunizieren.

Weltweit werden wir für die Verdienste, die dieses geeinte Europa aufweist, beneidet. Europa wird von Nichteuropäern als wesentlich stärker wahrgenommen als von uns selbst.

Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit – alles das ist, so scheint es, sehr selbstverständlich geworden. Bei alledem bleibt: Europa ist nicht das Problem des 21. Jahrhunderts, Europa ist die Antwort. Europa ist die Lösung für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dies gilt für politische Herausforderungen wie die innere Sicherheit, die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sowie alle Aspekte der äußeren Sicherheit. Dies gilt auch für Herausforderungen im Bereich der Großforschung. Nehmen Sie zum Beispiel den europäischen Flugzeughersteller Airbus. Ohne Airbus bestünde die Welt nur aus Boeing. Ohne das europäische Satellitennavigationssystem Galileo bestünde die Welt nur aus GPS. Die Herausforderungen liegen für uns auch darin, die Rohstoffversorgung – Stichwort „seltene Erden" – sowie die Energieversorgung für unsere Unternehmen zu sichern. Alle diese Beispiele zeigen: Jeder Mitgliedstaat wäre für diese Probleme viel zu klein und sei er auch noch so groß. All diese Herausforderungen können wir nur gemeinsam lösen.

Hinzu kommt, dass der demografische Wandel uns nicht in die Hände spielt. Am Ende des 21. Jahrhunderts wird die europäische Bevölkerung nur noch vier Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Deswegen ist es gerade im Zeitalter der Globalisierung wichtig, dass wir Europäer zusammen handeln, um unsere Werte in Bezug auf Wohlstand, aber auch soziale Standards zu erhalten.

Und auch dazu brauchen wir den Euro. Zwei Drittel aller Exporte aus Deutschland gehen in Länder der Europäischen Union. Deutschland ist nicht zuletzt deswegen so stark, weil seit der Einführung des Euro keine Absicherung sogenannter Fremdwährungsrisiken bwz. Währungsschwankungen mehr nötig ist. Allein dadurch spart unsere deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Betrag von rund zehn Milliarden Euro – und das bezieht sich nur auf die Unternehmen, die sich gegen diese Währungsschwankungen in der Vergangenheit abgesichert haben. Insgesamt hat unsere Wirtschaft seit der Einführung des Euro rund 100 Milliarden Euro in ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit investieren können.

Stabilisierung des Euro im eigenen Interesse

Wer dem „Nord-Euro" oder dem „Süd-Euro" das Wort redet, der muss wissen, dass der „Süd-Euro" gegenüber dem „Nord-Euro" eine Abwertung erleiden würde, was dazu führen würde, dass die Absatzchancen der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu heute mit Sicherheit geschmälert würden, denn die Menschen der „Süd-Eurozone" würden unsere Waren nicht mehr so günstig kaufen können.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle ein deutlicheres Bekenntnis der deutschen Wirtschaft zum Euro anmahnen. Eine einseitige Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* reicht mir noch nicht. Gerade die deutsche Wirtschaft hat übermäßig vom Euro pro-

fitiert und sie sollte sich nun auch übermäßig in der öffentlichen Debatte engagieren. Die öffentliche Debatte über den Euro braucht alle gesellschaftlichen Kräfte zusammen: Aus der Politik und aus der Kultur, aber eben auch aus der deutschen Wirtschaft, die am meisten davon profitiert hat.

Wir handeln also mit der Stabilisierung des Euro im eigenen Interesse – im wohlverstandenen eigenen Interesse. Deswegen gibt es auch zu den jetzt beschlossenen Maßnahmen keine ernstzunehmende Alternative. All das sollte man sich, bevor voreilige Vorschläge präsentiert werden, genauer durch den Kopf gehen lassen.

In der Diskussion um den Euro müssen zwei Dinge berücksichtigt werden: Einerseits muss ein Land wie Griechenland seine Aufgaben erfüllen. Das ist wichtig. Es geht dabei nicht nur um die Verschuldung eines Landes und es darf nicht nur darum gehen, mit einer Sparpolitik darauf zu antworten. Es muss auch Impulse für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerb in dem Land geben. Dies wird nicht nur ein oder zwei Jahre, sondern viele weitere Jahre beanspruchen. Genau das müssen wir den Menschen auch deutlich sagen.

Anderseits wirft die aktuelle Krise in Griechenland auch ein Schlaglicht auf die bisherige Politik der Europäischen Union – Stichwort „Konvergenzpolitik". Sollten wir uns nicht kritisch die Frage stellen, ob die Konvergenz bzw. die Kohäsion in den letzten Jahren nicht eher zu- als abgenommen hat? Der eigentliche Zweck der Kohäsionspolitik besteht darin, makroökonomische Ungleichgewichte einzudämmen, damit die Länder in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter auseinanderdriften. Deswegen müssen innerhalb der Europäischen Union diese Aspekte auch stärker bedacht werden – unabhängig von allen notwendigen Stabilisierungsmechanismen, wie wir sie jetzt mit den Vorschlägen von EU-Kommissar Olli Rehn diskutiert haben.

Noch ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang betrifft die sogenannten Rating-Agenturen, von denen im Moment drei den Markt dominieren. Ich habe meine Zweifel, ob hier alles so hingenommen werden müsste, wie es heute der Fall ist. Wenn uns dieser Tage eine namhafte Rating-Agentur namens Fitch sagt, dass sie selbst die freiwillige Gläubigerbeteiligung bereits als ein sogenanntes „credit-event" interpretieren würde, man damit alle weiteren politischen Maßnahmen in dieser Richtung glattweg vergessen könnte, dann gebe ich mich damit nicht zufrieden. Unabhängig davon, wie man zur Frage der Gläubigerbeteiligung steht, kann ich an dieser Stelle nur eins sagen: Auch die ausschließlich amerikanischen Rating-Agenturen haben ein Interesse daran, auf dem europäischen Markt tätig zu werden. Diese Rating-

Agenturen müssten dementsprechend europäische Standards erfüllen. Es wäre meiner Meinung nach angebracht, die europäischen Voraussetzungen kritischer zu überprüfen und somit sozusagen den Spieß umzudrehen.

Wer keine Visionen hat, gehe zum Arzt

Wir haben in Europa schon ganz andere Krisen gemeistert und ich glaube, dass wir mit dem notwendigen Maß an Solidarität auch diese Krise werden meistern können. Ich habe vorhin einige der gigantischen Herausforderungen aufgezeigt, die dieses solidarische Europa notwendig erscheinen lassen. Es gibt aber auch Visionen, die uns selbst antreiben müssen – Überzeugungen, für die es wirklich lohnt, zu kämpfen. Ich bin nicht mit einem früheren Bundeskanzler einverstanden, der einst formulierte, wer Visionen habe, solle besser zum Arzt gehen. Es ist eher umgekehrt: Wer keine Visionen hat, soll zum Arzt gehen, denn wer keine Visionen hat, ist letztlich behandlungsbedürftig. Um europäische Visionen zu entwickeln, braucht es gar nicht viel Fantasie:

Lohnt es sich denn nicht mehr, für Demokratie, Rechtstaatlichkeit und all die Werte, die wir heute in der Europäischen Union für selbstverständlich halten, leidenschaftlich einzutreten? Wir haben den afrikanischen Kontinent vor der Haustür. Wenn es uns nicht gelingt, europäische Antworten auf die dortigen Herausforderungen schnell zu liefern, dann wird das, was wir gegenwärtig als sogenannten Migrationsdruck bezeichnen, nur die Spitze des Eisberges sein. Dafür ist es wichtig, dass wir uns u.a. im Hinblick auf unsere Handels- und Wirtschaftspolitik öffnen, dass wir auch den nordafrikanischen Ländern und den Menschen dort Perspektiven einräumen. Wenn wir dies nicht tun, dann werden schnell vermeintliche Heilsbringer aktiv werden und sagen: „Seht ihr, das mit der Demokratie, das haben wir euch doch gleich gesagt, das ist nichts".

Keine Zeitenwende

Auch die europäische Erweiterungspolitik muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden: Sie ist eine Erfolgsgeschichte. Wer hätte noch vor etwas mehr als 20 Jahren gedacht, dass wir heute in Deutschland und in diesem Europa vereint sein würden? Nicht nur mit dem Fall der Berliner Mauer – dessen Steine, wie Helmut Kohl es einst formulierte, tatsächlich durch die Solidarnosć in Polen herausgebrochen wurden – sondern mit dem Fall des Eisernen Vorhangs realisierte sich eine Vision. Es war keine Fantasterei und deswegen können wir nach 20 Jahren bei allen Schwierigkeiten trotzdem sagen: Wir haben heute in Europa, mit diesem erweiterten Europa, ein Mehr an Stabilität gewonnen. Wir haben ein Mehr an Demokratie bekommen. Deswegen bin ich überzeugt, dass wir auch den Ländern des sogenannten Westlichen Balkans nicht nur eine Beitrittsperspektive einräumen, sondern als festen Bestandteil eines geeinten Europas betrachten müssen.

Stehen wir vor einer Zeitenwende in Europa? Die Antwort ist nein, wenn wir sie nicht zulassen. Deswegen wünsche ich mir ein offensiveres Eintreten für dieses Europa, für seine Erfolge, für alles, was uns ausmacht. Allein mit Rationalität werden wir es aber nicht schaffen. Wir brauchen eine stärkere emotionale Führung, sonst werden wir die Menschen nicht mitnehmen können. Ich bin davon überzeugt, dass es sich lohnt, für Europa zu kämpfen, sich dafür einzusetzen. Deswegen bin ich auch zutiefst davon überzeugt, dass wir diese Krise mit allen Herausforderungen meistern werden. Es geht darum, den nächsten Generationen die Früchte eines geeinten Europas zu geben, von dem wir einst nur zu träumen wagten.

Als Dank für seine Rede überreichte Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP seinem Amtsnachfolger als Präsident des Europäischen Parlaments eine Adenauer-Skulptur.

Die Krise meistern – Europa wieder zum Leuchten bringen

Konrad Adenauer würde sich heute besonders freuen: Diesmal komme ich zu Ihnen nicht aus dem Osten, sondern aus dem Westen – direkt aus Brüssel, am linken Ufer des Rheins. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie ich Konrad Adenauer zum ersten Mal gesehen habe: Als Karikatur in den gleichgeschalteten Zeitungen meines Landes. Er stand für all das, wogegen das Regime gekämpft hat: Christliche Werte, Freiheit, Demokratie. Kurz gesagt: Er stand für all das, wofür wir in Solidarność gekämpft haben.

Konrad Adenauer ist nicht nur zum Vater des neugeborenen Deutschlands geworden, sondern auch zum Vater des neugeborenen Europas. Als Christdemokrat hat er Europa aus der Asche erstehen lassen, begründet auf unseren Werten. Christdemokraten haben zum ersten Mal in der Geschichte das Gebot der Feindesliebe in die Politik übersetzt. Und aus Feinden wurden Freunde.

Diese Woche wird für Europa entscheidend sein. Denn das griechische Parlament wird in dieser Woche über ein Reformpaket entscheiden. Die Europäische Kommission wird diesen Mittwoch ihre Vorschläge zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen sowie zu der Reform der EU-Eigenmittel veröffentlichen. Und am Freitag wird Polen erstmals die Ratspräsidentschaft übernehmen.

Europa steht wieder an einem Scheideweg. Wir müssen uns entscheiden, welchen Weg wir gehen wollen. Wir müssen sehr ernste Fragen stellen. Was sind unsere Werte in Zeiten des Umbruchs? Was bedeutet uns unsere Gemeinschaft? Welchen Stellenwert haben unsere Überzeugungen in der Welt? Bitte erlauben Sie mir, diese drei Fragen in umgekehrter Reihenfolge zu beantworten. Christlich-demokratische Politik hat die EU zu einem leuchtenden Modell in der Welt gemacht. Es ist jetzt an der Zeit, die Union wieder zum Leuchten zu bringen.

Bleibendes Vertrauen schaffen

Als ich Anfang des Jahres in Ägypten auf dem Tahrir-Platz stand, hat mir ein Satz besonders imponiert: „Thank you, Europe". Wir müssen uns vorstellen, was dies bedeutet. Da gibt es Menschen in der Arabischen Welt, die bereit sind, alles aufs Spiel zu setzen, um für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu kämpfen – für unsere Werte. Sie vertrauen unseren Werten. Sie vertrauen unserer Geschichte.

Europa ist ein Vorbild geworden. Die universelle Anziehungskraft unserer Werte spiegelt sich in den Ländern unserer südlichen und östlichen Nachbarschaft wieder. Anders als in der Vergangenheit werden diese Werte nicht durch Eroberung und Beherrschung übertragen, sondern durch freiwillige Akzeptanz. Das bedeutet nicht nur eine Chance für Frieden, Recht und ein besseres Leben für diese Menschen, sondern es ist auch unsere Chance, Europa in der Welt zum Leuchten zu bringen. Wir müssen unsere Glaubwürdigkeit in der Region stärken. Wir müssen bleibendes Vertrauen schaffen.

Unsere Antwort auf den Arabischen Frühling muss zugleich entschlossen und großzügig sein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet Beachtliches vor Ort, um die Zivilgesellschaft zu stärken. Sie verleiht Europa ein menschliches Gesicht und unterstützt diejenigen, die sich auf uns verlassen. Sie kann ein Vorbild sein für ein „European Endowment for Democracy". Jedoch müssen wir über die Unterstützung der Zivilgesellschaft hinaus auch wirtschaftliche Anreize bieten. Die Menschen müssen die Früchte der Demokratie auf ihren Tischen sehen

können. Wir sollten diese Chance nicht verpassen. Wir brauchen Visaerleichterungen. Wir brauchen Investitionen und müssen den Zugang zum Markt für Waren aus dieser Region ermöglichen, Schritt für Schritt.

Wir brauchen auch heute eine Neugestaltung der Erweiterungspolitik. In den neunziger Jahren war in Mittel- und Osteuropa die EU-Mitgliedschaft unser Ziel. Wir konnten schmerzhafte Reformen durchsetzen, weil die Menschen dieses Ziel vor Augen hatten. Wir alle wissen, dass wir dasselbe nicht allen unseren Nachbarn anbieten können. Stattdessen sollten wir die Frage stellen, wie wir eine ähnliche Dynamik schaffen können. Vielleicht ist dies eine Aufgabe für eine Stiftung wie die KAS: Wie können wir das Prinzip der geteilten Souveränität, das wir in Europa verwirklicht haben, auf unsere Nachbarschaft übertragen? Wie können wir die gleiche *solidarité de fait* schaffen, auf der unsere Union gegründet wurde?

Die Krise hinter uns lassen

Nehmen Sie eine beliebige Zeitung in die Hand und Sie werden sehr bedrückende Kommentare über die Zukunft der EU lesen. Die Meinungen reichen von skeptisch bis hin zu apokalyptisch. Wenn wir weiter als Vorbild leuchten möchten, dann müssen wir uns ändern und fortentwickeln, aber zunächst müssen wir erneut Vertrauen schaffen: untereinander und auf den Finanzmärkten.

Vertrauen ist in unserer heutigen Zeit vom Aussterben bedroht. Trotz aller unserer Errungenschaften haben unsere Bürger kein Vertrauen mehr in unsere Werte. Wir haben nicht mehr volles Vertrauen in die Gemeinschaft, die wir aufgebaut haben. Viele Menschen fühlen sich in einer Welt verloren, in der alles von allen abhängt. Dieses Gefühl ist verständlich. Doch nur zusammen können wir die Krise meistern. Nur zusammen können wir sie hinter uns lassen, stärker als zuvor.

Wir müssen Verantwortung und Solidarität zeigen. Es gibt keine Solidarität ohne Verantwortung. Es wird die Verantwortung des griechischen Parlaments diese Woche sein, anspruchsvolle, aber schmerzhafte Reformen zu billigen. Es wird dann in unserer Verantwortung liegen, Solidarität zu zeigen. Manche Finanzexperten machen sich für einen Zahlungsausfall Griechenlands stark. Ich frage sie aber: Wie können sie sich so sicher sein, dass dieser Ausfall sich auf Griechenland begrenzen wird? Als Lehmann Brothers zahlungsunfähig wurde, schrumpfte die deutsche Wirtschaft um fünf Prozent – die größte Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Einen Zahlungsausfall Griechenlands zu vermeiden, ist nicht nur im Interesse Griechenlands, sondern im Interesse jedes Einzelnen. Lasst uns doch ehrlich miteinander sein – keiner in der EU hat eine blütenweiße Bilanz vorzuweisen. Regierungen und Investoren müssen Verantwortung übernehmen und tun es auch. Dies ist keine Krise unserer gemeinsamen Währung, es ist eine Krise staatlicher und privater Verschuldung in einigen Mitgliedstaaten. Wir haben zu lange über unsere Verhältnisse gelebt, zumindest in einigen Teilen der Welt. Dies ist die Verantwortung des griechischen Parlaments, aber dies ist auch unsere gemeinsame Verantwortung in der EU. Wenn wir unsere Zukunft sichern wollen, dann müssen wir heute Griechenland unterstützen. Es muss auch eine Aufgabe für die KAS sein, für diese Gewissheit in Ihrem Land zu kämpfen - den deutschen Bürgerinnen und Bürgern Klarheit zu geben.

Wir alle müssen Lehren aus dem ziehen, was geschehen ist, um ähnliche Krisen in der Zukunft zu vermeiden. Ich bitte Sie, der EU zuzutrauen, dass sie die Krise mit derselben Entschlossenheit überwinden wird, wie Sie es in Deutschland getan haben. Das Europäische Parlament bemüht sich sehr, die wahren Gründe für die Krise anzugehen. Wir haben die Regulierung des Bankenwesens verschärft, das in der Vergangenheit Missbrauch zugelassen hat. Bald werden wir auch die Haushaltsdisziplin durch eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstärken.

„Die Europäische Union ist ein tägliches Plebiszit. Wir müssen jeden Tag für sie kämpfen", so Prof. Dr. Jerzy Buzek MdEP vor rund 200 Zuhörern in der Akademie der KAS.

Das Europäische Parlament setzt sich zurzeit für das ein, was der Bundestag verlangt hat – mehr automatische Sanktionen. In der Tat ist unsere Position „deutscher" als die der deutschen Regierung. In den Verhandlungen mit dem Rat haben wir bereits in sechs von sieben Fällen eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit durchsetzen können. Wir möchten auch den siebten Fall durchsetzen und wir hoffen auf eine Übereinkunft mit dem Rat noch vor der Sommerpause.

Künftig wird der Europäische Stabilitätsmechanismus Mitgliedstaaten in finanzieller Not die benötigte Unterstützung geben. Wir Politiker sollten nicht zu sehr in seine Arbeit eingreifen. Das ist die Meinung der Mehrheit meiner Kollegen im Europäischen Parlament. Wir sollten lieber den Blick nach vorne richten und uns in politischer Führung üben. Es ist in unserer Verantwortung, auf eine Wirtschaftsunion hinzuarbeiten, die finanzpolitische Disziplin garantiert und Wachstum vorantreibt.

Das Europäische Parlament ist der Überzeugung, dass wir den Europäischen Binnenmarkt vollenden und die verbleibenden Lücken und Engpässe schließen sollten, so dass er wieder zum Wachstumsmotor wird. Ernsthafte strukturelle Reformen, wie sie im Euro-Plus-Pakt diskutiert worden sind, sind nötig – vor allem im Hinblick auf Rentenalter, andere Arbeitsmarktreformen und Privatisierungen. Unsere Währungsunion muss gestärkt werden, um zunehmend zu einer vollen Wirtschaftsregierung zu werden.

Was können die KAS und die Christdemokratie in diesem Zusammenhang beitragen? Die Wirtschaft Deutschlands ist auf Ihren eigenen, starken Werten gebaut, wie das schon immer der Fall gewesen ist. Sie sind die stärkste Wirtschaft in der EU. Doch der Erfolg Deutschlands beruht auch auf dem europäischen Binnenmarkt, auf unserer Gemeinschaft. Die Lösung für die nächsten Schritte liegt also in Ihren Händen. Sie in der KAS können dazu beitragen, dass sich Ihr Land dieser Tatsache bewusst wird.

Europa am Scheideweg

Wir sollten das, was wir bisher erreicht haben, nicht als selbstverständlich betrachten. Die Europäische Union ist ein tägliches Plebiszit. Wir müssen jeden Tag für sie kämpfen. Unsere Gemeinschaftsmethode hat Europa erfolgreich gemacht. Wir müssen uns heute wieder auf sie besinnen und sie neu definieren. Wir im Europäischen Parlament glauben, dass nur dieser Weg in einer Union von 27 Mitgliedern funktionieren kann.

Im Anschluss an die Rede moderierte Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der KAS, die Diskussion mit dem Publikum.

Die Europäische Kommission wird den ersten Entwurf für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU diesen Mittwoch veröffentlichen und eine Reform der EU-Eigenmittel vorschlagen. Wir wissen, dass die Debatte hierüber nicht einfach sein wird. In einer Zeit, in der Bürger den Gürtel enger schnallen müssen, können wir es uns nicht erlauben, nachlässig mit den Geldern der Steuerzahler umzugehen. Wir dürfen keinen einzigen Cent verschwenden und müssen gegen jegliche Art des Missbrauchs kämpfen.

Das Europäische Parlament schlägt vor, den Haushalt der EU um fünf Prozent zu erhöhen. Wir tun dies, um die Gelder der Steuerzahler effizienter zu investieren und um Skalenerträge zu gewinnen. Denn Wachstum wird durch Investitionen generiert. Europas Mehrwert ist, dass jeder Euro, der auf EU-Ebene investiert wird, vier Euro zusätzlicher Investitionen generieren kann. Das haben wir im vergangenen Jahr gesehen, als vier Milliarden Euro Investitionen in Energieprojekte weitere zwanzig Milliarden Euro Investitionen zur Folge hatten.

Wir müssen die Bereiche identifizieren, in denen eine gemeinsame europäische Herangehensweise einen Mehrwert schafft. Ich halte es für offenkundig, dass es keinen Sinn macht, 25 verschiedene konsularische Vertretungen zu betreiben, wenn es letztendlich um Zugang zu ein und derselben Schengenzone geht. Wir sollten uns nicht einbilden, dass 27 Forschungs- und Entwicklungsstrategien bessere Ergebnisse im Wettbewerb mit China und den USA erzielen können. Wir sollten uns ebenso wenig einbilden, dass 27 getrennte Stromnetze die Herausforderungen der Energiesicherheit bewältigen können.

Deswegen brauchen wir europäische Investitionen: Um Geld zu sparen für unsere Bürger. Aus diesem Grund habe ich zusammen mit Jacques Delors die Gründung einer Europäischen Energiegemeinschaft vorgeschlagen. Die Entscheidung, die wir treffen müssen, ist nicht eine über Netto-Beitragszahler und Netto-Empfänger, sondern über die Frage, ob mehr Europa Sinn macht oder nicht. Wir brauchen keinen neuen Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene, aber einen verantwortungsvollen Haushalt, um Europa wieder zum Leuchten zu bringen.

Europa steht an einem Scheideweg. Welchen Weg werden wir einschlagen? Entscheiden wir uns dafür, einander zu vertrauen und an unsere Solidarität zu glauben? Oder ziehen wir uns in die alten Gräben zurück?

Die Deutschen sind durch eine unglaubliche Transformation gegangen und sind heute wahre Experten in Sachen Wiedervereinigung. Wenn ich heute hier als Pole stehe, bedeutet es sehr viel zu sagen: Wir haben keine Angst mehr. Deutschland ist unsere Hoffnung. Ohne deutsch-französische Versöhnung, besiegelt durch Mitterrand und Kohl, gäbe es keine Europäische Union. Und ohne deutsch-polnische Versöhnung, besiegelt durch Mazowiecki und Kohl, hätten wir keinen wiedervereinten Kontinent.

Unser Vermächtnis für die nächsten Generationen sollte eine EU sein, in der wir alle leben wollen. Eine EU, die mit Vertrauen und Zuversicht in die Zukunft blickt, die die Krise genutzt hat, um gestärkt und geeint daraus hervorzugehen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Konrad Adenauer dieselbe Lösung gefunden hätte.

Impressum

Herausgeber
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon: +49 (0)30 26996-0
Telefax: +49 (0)30 26996-3261
redaktion@kas.de
www.kas.de

Konzeption
Dr. Céline-Agathe Caro
Koordinatorin für Europapolitik
celine.caro@kas.de

Redaktion
Stefan Burgdörfer
Koordinator für internationale Publikationen
stefan.burgdoerfer@kas.de

Gestaltung
SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
workstation GmbH, Bonn

Fotos
Christian Echle, KAS

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-942775-45-8

Konrad
Adenauer
Stiftung